

in Genf sehr ernst genommen werden müssen. Andererseits bleibt aber die Frage, ob das bekundete mangelnde „Heimatgefühl“ im Schoße des ÖRK in Nairobi nicht doch auch mit der für die Moskauer Kirchenmänner sehr heiklen Diskussion über die Menschenrechte in der UdSSR zusammenhängt. Die Zuspitzung der diesbezüglichen Äußerungen im Brief des Heiligen Synod läßt diese Vermutung jedenfalls zu.

Die Diskussion über die Verwirklichung der Menschenrechte, insbesondere der Religionsfreiheit, in der Sowjetunion wird als *Versuch* der Vollversammlung klassifiziert, „die Sowjetunion zu kompromittieren“. „Auch die Eile, mit der das sogenannte ‚Schweigen‘ der Vollversammlung in Beziehung auf unser Land gebrochen wurde, und die unbrüderliche Atmosphäre, die dabei auf der Vollversammlung geschaffen wurde, haben uns tief verletzt.“ Es habe in Nairobi Versuche gegeben, „unser Vaterland vor der afrikanischen und globalen Öffentlichkeit zu diskreditieren und unseren Staat so vorzustellen, als sei die vollständige Entwicklung der Menschenrechte bei uns ausgeschlossen“. An dieser Stelle scheint implizit wenigstens zugegeben zu sein, daß es noch weiterer Entwicklungen zur Realisierung der Menschenrechte bedarf. Einigermaßen kühn angesichts der bisherigen Praxis des ÖRK ist die sich unmittelbar anschließende Aus-

sage: „Solche Voreingenommenheit gegen uns war besonders auffallend beim Vergleich mit der Besprechung der Menschenrechte in anderen Ländern.“ Daß der Anlaß für die Diskussion über die Verhältnisse in der Sowjetunion der Brief zweier auch in Spannungen mit der kirchlichen Autorität befindlichen Dissidenten war, nimmt die russische Stellungnahme besonders übel. Sie spricht von der *Tendenz*, „die Stimme der Russischen Orthodoxen Kirche durch die Meinung der kirchlichen Dissidenten zu ersetzen“. „Wir betrachten es als ein direktes oder indirektes Mißtrauen gegen die Hierarchie unserer Kirche oder als ein Bestreben, dieses Mißtrauen hervorzurufen.“ Dieser Aussage läßt der Moskauer Synod die unverhüllte Drohung folgen, „daß solche Kontakte, die einigermaßen prinzipielle Normen des Lebenswandels unserer Ortskirche untergraben oder ihre innere Einheit schwächen können, zur Schwächung unserer Zusammenarbeit mit dem Weltkirchenrat führen werden“.

In Sachen Menschenrechte vertritt die russische Orthodoxie also nach wie vor mit Vehemenz den Standpunkt der sowjetischen Regierung. Auch der Vorsitzende des Rates für religiöse Angelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR, W. A. Kurojedow, griff in einem „Iswestija“-Aufsatz Philip Potter an, weil er die Verbreitung des „verleumderischen Briefes“ von Gleb Yakunin und Lev Regelson zugelassen

habe. Deren Aussagen bezeichnete er als „schmutzige Lügen“ (vgl. NZZ, 5. 5. 76). Bei aller Schwierigkeit der Situation der orthodoxen Hierarchie bleibt ihre Bereitschaft erstaunlich, der Regierung nicht nur die politischen Parolen, sondern auch die Darstellung der kirchlich-religiösen Situation nachzubeten. Was Religionsfreiheit in der UdSSR wirklich bedeutet, zeigt – noch vor allem konkreten Augenschein – bereits ein Blick auf die dortige Religionsgesetzgebung (vgl. HK, Juni 1976, 296 ff.).

Die Drohung ist freilich nicht das letzte Wort der Stellungnahme des Heiligen Synod. Sie schließt vielmehr mit der Anerkennung der Arbeit der Vollversammlung in Nairobi als „erfolgreich“, die Ergebnisse seien „von großer Bedeutung“. Trotz ihrer Ablehnung negativer Seiten der Vollversammlung schätzt die Russische Orthodoxe Kirche ihre Teilnahme in der ökumenischen Gemeinschaft des Weltkirchenrates sehr. Der Text endet mit den Worten der 1. Vollversammlung in Amsterdam: „Wir haben beschlossen, zusammenzubleiben.“ Vielleicht geben bereits die erste Konsultation über die Verwirklichung der Menschenrechte in den Signatarstaaten des Abkommens von Helsinki und die Arbeit des Zentralaussschusses im August wichtige Aufschlüsse über den derzeitigen Stand und die weitere Entwicklung der Gemeinsamkeit.

H. G. K.

Politische Entwicklungen

Eine Weltkonferenz der aufgeschobenen Probleme

Das Verhältnis von Industrie- und Entwicklungsländern nach UNCTAD IV

War die Skepsis vor Beginn der vierten Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD IV) im Mai in Nairobi schon groß, so steigerte sich das offensichtliche Gefühl des Unbehagens besonders in der Bundesrepublik nach Beendigung des Mammuttreffens fast schon zur tota-

len Ablehnung. Da sah man „die Axt an den freien Welthandel gelegt“ (FAZ, 14. 6. 76) und „des freien Marktes Grabgesang“ (Welt, 31. 5. 76) ebenso wie ein „tödliches Rezept“, bei dessen Verwirklichung „das Wohlstandsgefälle allenfalls dadurch nivelliert“ werde, daß es

„die Welt in eine permanente Wirtschaftskrise stürzen“ werde (Zeit, 4. 6. 76). Man sah mit diesen „abenteuerlichen Plänen“ hauptsächlich „die Reichen zur Kasse gebeten“ (Süddeutsche Zeitung, 25. 5. 76) und als Reaktion auf den wirtschaftlichen Druck der Industriestaaten eine mit politischem Druck von den Entwicklungsländern durchgeboxte „archaische Form der Gerechtigkeit“ (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 13. 6. 76) auf uns zukommen.

Spiegelbild des unterentwickelten Entwicklungsbewußtseins

Da schließlich die politischen Parteien im Bundestag eine ähnlich übereinstimmende Ablehnung der Konferenzergebnisse – trotz allen verbalen Unterschiedschindens – bekundeten, blieb es wenigen Gruppen vorbehalten, andere Argumente ins Spiel zu bringen und Argumente und Forderungen der Entwicklungsländer zu vertreten. Die „UNCTAD-Kampagne“ beispielsweise, zu der sich zehn zumeist kirchlich orientierte Verbände zusammengeschlossen hatten, kritisierte Hinhaltenaktik, mangelnde Information über Positionen anderer Regierungen und das für die bundesdeutsche Delegation bestimmende Konzept, ihr eigenes Verständnis von marktwirtschaftlicher Ordnung weltweit anzuwenden, obwohl die Bedingungen des Welthandels dafür keine Ansätze böten. Die Haltung der Bundesregierung wurde als „Spiegelbild des unterentwickelten entwicklungspolitischen Bewußtseins der Mehrheit unserer Bevölkerung“ gewertet. Und ein Sprecher des katholischen „Arbeitskreises Entwicklung und Frieden“ (KAEP) machte kein Hehl aus seiner Enttäuschung über die Resultate: „Ein mageres Ergebnis von vier Verhandlungswochen. Ein Kompromiß, der lediglich als Alibi zu werten ist, damit man die entscheidenden Fragen erneut auf die lange Bank schieben kann. Was muß eigentlich noch geschehen, um die Industrieländer endlich zu einem konstruktiven Verhalten zu bringen, wie es die Kirchen in ihrem Memorandum ‚Soziale Gerechtigkeit und internationale Wirtschaftsordnung‘ von der Bundesrepublik erwartet hatten?“ (KNA-Katholische Korrespondenz, 1. 6. 76).

Noch in letzter Minute hatten kirchliche Stellen versucht, auf die Verhandlungsdelegation der Bundesrepublik in Nairobi im Sinne des Kirchenmemorandums einzuwirken. Mit ihrer bis dahin gezeigten Ablehnung entscheidender Zugeständnisse an die Forderungen der Entwicklungsländer bleibe sie, wie es in einem Telegramm der Bischöfe *Hermann Kunst* und *Heinrich Tenhumberg* an Bundeskanzler *Helmut Schmidt* hieß, hinter den anderen EG-Partnern zurück. Diese Haltung stehe im Gegensatz zu dem Antwortschreiben des Kanzlers auf das kirchliche Memorandum, in dem Schmidt auf die wachsende Bereitschaft aller Seiten zu konstruktiver Zusammenarbeit hingewiesen habe. Die Bundesregierung wurde erneut ersucht, der Delegation in Nairobi „einen Verhandlungsspielraum einzuräumen, der eine konstruktive Mitwir-

kung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht“. Dies gelte vor allem für die Mitfinanzierung eines zentralen Fonds für Rohstoffreserven. Ferner wurde gebeten, daß sich die Bundesrepublik an den Bemühungen um Lösungen in der Umschuldungsfrage nachhaltig beteiligt. Schließlich hatte auch die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken in einer Erklärung zu UNCTAD IV am 22. Mai den Standpunkt vertreten, die Bundesrepublik sei „aufgrund ihrer Wirtschaftskraft in der Lage, Zugeständnisse an die Entwicklungsländer – auch unter Opfern – zu tragen“.

In Nairobi ging es nicht nur um Rohstoffe

Was hat nun diese „Konferenzfarce“ (Zeit, 4. 6. 76), diese „chaotische Konferenz“ (Bahr) gebracht, von der der Bundeskanzler im Bundestag sagte: „Ich glaube überhaupt nicht, daß eine solche Konferenz von Tausenden von Menschen sehr viel Sinn hat; ich halte das für schlechte Veranstaltungen. Alles, was ich dazu tun kann, ist, dergleichen zu dämpfen, was den Umfang angeht. Ich bin auch dagegen, daß schwierige ökonomische Fragen quasi in Volksversammlungen geregelt werden sollen.“

In der nachträglichen Pressedebatte sah es so aus, als sei es fast ausschließlich um die Rohstofffrage gegangen. In Wirklichkeit aber sahen sowohl die ursprüngliche Tagesordnung als auch der spätere Ablauf vielgestaltiger und in einer Reihe von Punkten auch weniger kontrastreich aus. Konkrete Ergebnisse gab es allerdings nur wenige, da die meisten Streitfragen zur Weiterbehandlung auf kommenden Spezialkonferenzen oder in Expertenausschüssen ohne Beschlußfassung behandelt wurden. Insoweit war Nairobi eine weitere Etappe in den Auseinandersetzungen um die seit einiger Zeit von den Entwicklungsländern ins Spiel gebrachte „neue Weltwirtschaftsordnung“. Es mag für diejenigen, die von einer solchen Änderung der internationalen ökonomischen Szene eine große Hilfe und Erleichterung erwarten, wenig tröstlich sein, wenn man feststellt, daß konkrete Erfolge bisher kaum aufzuweisen sind, dafür aber der Bewußtseinsstand über diese Problematik mittlerweile so groß ist, daß man sich kaum noch eine internationale Konferenz vorstellen kann, auf der dieses Reizwort und die dahinter stehenden Bestrebungen nicht zur Sprache kommen. Aus dem Blickwinkel der Entwicklungsländer ist dies ein überaus beachtlicher Erfolg. Noch vor wenigen Jahren hätten viele Beobachter es für unmöglich gehalten, daß über solche Forderungen überhaupt zwischen den Interessenvertretern der verschiedensten Seiten gemeinsam gesprochen wird. Und bei aller Härte der Argumentation und bei allem Beharren auf der eigenen Position ließ sich im Verlaufe der Konferenzserien der letzten Jahre eine überraschende Bereitschaft zu Zugeständnissen seitens der Industriestaaten ablesen. Doch jetzt in Nairobi, als es um die Verwirklichung der theoretisch erreichten Kooperationsbereitschaft ging, wurde

noch einmal die ganze Kluft zwischen den Konzepten der Industriestaaten und der Entwicklungsländer deutlich.

Unter dem Schockedruck der Ölkrise, die erstmals die Bedeutung und Macht der Rohstofflieferanten und die Abhängigkeit und faktische Ohnmacht der auf die Rohstoffe weitgehend angewiesenen Industrienationen demonstrierte, hatten die Befürworter einer sog. „neuen Weltwirtschaftsordnung“, d.h. in erster Linie die Entwicklungsländer, ihre Vorstellungen präsentiert und erste Erfolge verzeichnen können. Die 6. Sondersitzung der UN-Vollversammlung nahm 1974 mit Mehrheit das „Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung“ an. Auf der 7. Sondertagung 1975 wurde dieses präzisiert, und seitdem bildet es die Grundlage aller Spezialkonferenzen zu Wirtschaftsfragen. Im Hinblick auf UNCTAD IV wurde es besonders im Bereich der Rohstoffpolitik von UNCTAD-Generalsekretär *Gamani Corea* aus Sri Lanka neu gefaßt (Corea-Plan). Dieser Verhandlungsvorschlag, der in der internationalen Diskussion allgemein als „Integriertes Rohstoffprogramm“ bezeichnet wurde, fand auf der Konferenz der „Gruppe der 77“ im Februar in Manila, also bei dem Vortreffen der inzwischen von 77 auf 110 angewachsenen Mitgliedsländer aus der Dritten Welt, breite Zustimmung, galt den meisten Industriestaaten aber in seinem gesamten Spektrum von Anfang an als zu radikal und deshalb in dieser Form als unannehmbar.

Der reduzierte Corea-Plan

Der *Corea-Plan* sah folgende fünf Grundelemente vor: 1. soll ein System internationaler Ausgleichslager für die wichtigsten lagerfähigen Rohstoffe geschaffen werden, um Angebots-, Nachfrage- und Produktionsschwankungen auf dem Weltmarkt auffangen zu können; 2. ist dafür ein gemeinsamer Fonds zur Finanzierung dieser Lager erforderlich; 3. soll ein System multilateraler, direkter Versorgungs- und Abnahmeverpflichtungen geschaffen werden, um Börsen und Spekulationen zu umgehen; 4. müßte ein besseres System des finanziellen Ausgleichs bei Preisverfall erarbeitet werden; 5. durchgreifende Erfolge kann eigentlich erst ein neuer Durchbruch auf dem Gebiet der Verarbeitung von Rohstoffen in Entwicklungsländern sowie der Diversifizierung ihrer Produktionsstruktur bringen.

Der ursprüngliche Plan nannte noch 18 Rohstoffe, die im Rahmen dieses *integrierten Rohstoffprogramms* behandelt werden sollten. Diese 18 machen etwa zwei Drittel des gesamten Rohstoffexports der Entwicklungsländer (ohne Erdöl) aus. Eine Unterteilung der 18 Rohstoffe in drei Gruppen machte bereits die unterschiedliche Bedeutung der einzelnen Rohstoffe für die Entwicklungsländer deutlich. Die erste Gruppe enthält sogenannte „Kern“-Rohstoffe, die vorwiegend von Entwicklungsländern ausgeführt werden, nämlich: Zucker, Kaffee, Kakao, Tee,

Baumwolle, Jute, Hartfaserprodukte (Sisal, Hanf), Kupfer, Zinn und Kautschuk. In Nairobi ging es eigentlich nur noch um diese Rohstoffe, während die Produkte der zweiten und dritten Gruppe aus dem Gesamtkonzept ausgeklammert wurden. Dies geschah besonders deshalb, weil bei ihnen der Exportanteil der Industriestaaten sehr hoch liegt, diese also Nutznießer von Finanzierungs- und Stützungsmaßnahmen würden. Dabei handelt es sich um folgende fünf Rohstoffe, die sowohl von Industrie- als auch von Entwicklungsländern exportiert werden, wobei die Entwicklungsländer den größeren Exportanteil aufweisen: Wolle, Blei, Zink, Eisenerz, Aluminium. Schließlich hatte man ursprünglich noch drei Hauptnahrungsmittel in das Rohstoffprogramm einbezogen, die hauptsächlich von Industrieländern ausgeführt und sowohl von Industrie- als auch Entwicklungsländern importiert werden müssen: Weizen, Reis und Mais (vgl. aktuell Nr. 5/1976 – Wiener Institut für Entwicklungsfragen). Die *Beschränkung auf die zehn Rohstoffe* der ersten Gruppe, die nun gemeinsam als ein „Paket“ behandelt werden sollen, erfolgte unter Berücksichtigung folgender Aspekte: Sie müssen zu den wichtigsten Exportprodukten der Entwicklungsländer (außer Erdöl) gehören, die Industrienationen dürfen nur in geringem Umfang von ihrer Aufnahme in das Programm profitieren, also diese Güter nur in geringem Umfang exportieren, die Entwicklungsländer selbst dürfen nur gering am Import dieser Rohstoffe beteiligt sein. Schließlich müssen die Rohstoffe lagerfähig sein. (Deshalb wurden Bananen nicht aufgenommen, obwohl sie alle anderen Kriterien erfüllen.) Weizen z.B. wurde aus dem Programm gestrichen, weil die USA, Kanada und Australien überdurchschnittlich davon profitieren hätten und die Belastung für die Entwicklungsländer, die auf den Import von Weizen angewiesen sind, besonders groß gewesen wäre (vgl. Kaffee, Kupfer & Konzerne, UNCTAD-Kampagne 1976).

Mit Hilfe dieses *integrierten Rohstoffabkommens* wollen die Entwicklungsländer „gerechtere“ und sichere Preise für ihre Hauptexportgüter erreichen, von denen sie oft fast ausschließlich abhängig sind. Gleichzeitig sollten nach ihren Vorstellungen damit die Spekulation und die Folgen der weltweiten *Inflation* ausgeschaltet werden. Hinter ihrem Bemühen steht aber auch die schlechte Erfahrung mit bilateralen Rohstoffabkommen, bei denen gewöhnlich die Industrieländer einseitig ihren Vorteil herausholen können, und mit Rohstoffkartellen, die eigentlich bisher nur bei den erdölexportierenden Ländern Erfolg gezeigt haben.

Schwächen und Stärken des integrierten Rohstoffprogramms

Die Entwicklungsländer kennen durchaus die Schwächen dieses Programms, doch glauben sie, daß diese insgesamt nicht so sehr ins Gewicht fallen wie die für sie daraus resultierenden Hilfen. Sie wissen, daß durch dieses Programm einzelne Entwicklungsländer bevorzugt würden,

während andere kaum Nutzen davon haben werden oder sogar Nachteile zu erwarten haben. Dennoch stellen sie sich dahinter, weil es nach ihrer Ansicht gegenüber dem jetzigen Stand auf jeden Fall eine Verbesserung wäre und weil derzeit wohl kaum ein weitergehendes Programm durchgesetzt werden könnte. Brasilien würde am meisten profitieren, da es 9,4% aller in das Programm aufgenommenen Rohstoffe exportiert. Nach vorliegenden Berechnungen stünde Kanada auf Platz sechs der zwanzig am meisten von dem vorgelegten Programm profitierenden Länder. An 8. Stelle lägen die USA noch vor Indien, die UdSSR an 11., Australien an 17. und Südafrika an 20. Stelle. Unter den zwanzig möglichen Hauptnutznießern ist mit Bangladesch an 17. Stelle nur ein Land der 25 am wenigsten entwickelten Länder vertreten. Dennoch würde insgesamt das Programm den Entwicklungsländern Verbesserungen bringen, da sie zu 85% auf Rohstoffexporte angewiesen sind.

Die besonders auffallende abwehrende Haltung der Bundesregierung gegenüber diesen Bestrebungen ist zu erklären. Die Bundesrepublik ist auf einen ungestörten Weltmarkt mit Rohstoffen angewiesen, da sie kaum über nennenswerte eigene Bodenschätze verfügt und die meisten der in dem Rohstoffprogramm enthaltenen Produkte importieren muß. Den höchsten Verbrauch an metallischen Rohstoffen weisen die drei westlichen Industriestaaten USA, Japan und Bundesrepublik Deutschland auf. Dennoch ist die Haltung daraus allein nicht ganz zu verstehen, da z.B. 60% unseres Bauxits aus Australien, 53% des Molybdäns aus den USA, Asbest zu 65% aus Kanada und Titanerz zu fast 70% aus Norwegen und zu 27% aus Kanada bezogen wird. Nur Zinnerz (100% aus Bolivien), Zinnmetall (Malaysia und Indonesien), Niob/Tantal (Brasilien) und Chromit (Rhodesien) kommen überwiegend aus der Dritten Welt, sind aber ohnehin nur zu einem geringen Teil in das Programm aufgenommen (vgl. Welt, 1. 6. 76). Kritisiert wurde vor allem die angestrebte Lagerhaltung und damit die Möglichkeit einer zentralen Steuerung u. a. deshalb, weil dadurch Erpressung in Konfliktfällen gefördert werde. Durch die internationale Kontrolle dieser Auffanglager, ihre Streuung auf verschiedene Plätze und wegen der weiterbestehenden Direktlieferung aus den Förderländern verliert dieses Argument allerdings an Gewicht, und die Abhängigkeit in Konfliktfällen scheint gegenüber dem bestehenden System bilateraler Vereinbarungen – wie die Vergangenheit gezeigt hat – kaum größer zu sein. In der bisherigen Diskussion um die internationalen Ausgleichslager wurde im übrigen oft der Fehler gemacht, daß man es so darstellte, als sollte über diese Zentrallager der gesamte Handel abgewickelt werden. Und das trifft keineswegs zu. Vielmehr sollen die internationalen Lager ausreichende Vorräte an wichtigen Nahrungsmitteln und industriellen Rohstoffen schaffen und damit dazu beitragen, daß zeitweilig auftretende Versorgungsschwierigkeiten ausgeglichen werden können. Vor allem aber soll aus der Sicht der Entwicklungsländer durch entsprechende Marktinterventionen, nämlich Ankauf bei Absinken der

Preise und Verkauf bei Ansteigen der Preise, eine Preisstabilisierung erzielt werden. Schon allein diese Funktion macht deutlich, daß von einer Beseitigung des Marktmechanismus in diesem Fall wohl kaum gesprochen werden kann. Diejenigen, die bei diesen Plänen immer wieder auf das Prinzip der freien Marktwirtschaft verweisen, vergessen überdies zu schnell, daß es doch bei dem derzeitigen System der Weltwirtschaft auch keine freie Preisbildung gibt. Mit bereits bestehenden riesigen Vorratslagern (z. B. in den USA) greift man schon seit langem auf nationaler Ebene in das Preisgefüge ein, Handels- und Zollhemmnisse beeinflussen die Preisgestaltung, die multinationalen Konzerne sorgen für eine Umgehung der freien Marktwirtschaft, und die Spekulationen an den bestehenden Rohstoffbörsen verändern das Preisniveau einseitig und gezielt zugunsten des Zwischenhandels.

Schließlich findet man immer die warnende Behauptung, das Prinzip der garantierten Abnahme und der fixen Preise fördere die Überschußproduktion, wobei speziell auf die entsprechenden schlechten Erfahrungen der Europäischen Gemeinschaft verwiesen wird. Die im Programmwurf enthaltene Quotenregelung jedoch sollte eine solche Fehlentwicklung verhindern, da die Aufnahmemengen der Ausgleichslager genau festgelegt und begrenzt sind. Das größte Hindernis bei der Verwirklichung des Programms dürfte das Problem der Kontrolle sein, um zu verhindern, daß sich schwarze Märkte bilden. Damit verbunden ist freilich die Gefahr einer Überbürokratisierung des ganzen Apparates, zweifellos der schwierigste Aspekt des integrierten Rohstoffprogramms.

Probleme verschoben

Über den gemeinsamen Fonds zur Finanzierung der Lager konnte man sich in Nairobi noch nicht einigen, ebensowenig über die *multilateralen Liefer- und Abnahmeverpflichtungen* und das Finanzausgleichssystem zur Stabilisierung der Exportpreise. Die Indexierung schließlich hat kaum noch Aussicht auf Erfolg. Bis zum Frühjahr 1977 will man – und das ist der eigentliche Kompromiß von Nairobi – diese Problematik auf einer weiteren Konferenz behandeln. Allerdings ist kaum damit zu rechnen, daß sich die Standpunkte irgendeiner Seite wesentlich ändern werden. Auch die Frage einer Umschuldung oder eines teilweisen Schuldenerlasses der mit rund 120 Milliarden Dollar belasteten Entwicklungsländer wurde nicht abschließend behandelt. Fest steht nur, daß ein genereller Schuldenerlaß kaum in Frage kommt. Er wurde übrigens am stärksten von den Ländern befürwortet, die am wenigsten oder gar keine Finanzhilfe geleistet haben. Statt dessen sollen gezielte Maßnahmen ergriffen werden, die Belastung der 25 ärmsten Länder zu mildern und bilaterale Vereinbarungen über Schuldenerlasse zu erreichen. Auch in den Fragen des Technologie-Transfers zeigten sich die Industriestaaten entgegen sonstiger Verlautbarungen eher restriktiv. Immer im Hinblick auf eigene Probleme und

die Schwierigkeit, solche Vereinbarungen mit tiefgreifenden Strukturänderungen für die deutsche Wirtschaft durchzusetzen, hat sich bisher kaum jemand in diesem Bereich engagiert. So bleibt der Eindruck, daß im Grunde nichts erreicht und alles verschoben ist. Es fehlte an Alternativen und blieb deshalb nur bei Abwehr und Klagen. Seitens des engagierten KAEF wurde festgestellt, wenn die Industrienationen „die planwirtschaftlichen Vorstellungen der Entwicklungsländer nicht wollen, müssen sie im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung konstruktive Pläne auf den Tisch legen, um den in der Sache berechtigten Forderungen der Entwicklungsländer entgegenzukommen und zur Lösung ihres Entwicklungsproblems beizutragen“.

Sollte bis zum nächsten Jahr keine akzeptable Einigung

erzielt werden, so dürfte sich im Lager der Entwicklungsländer die in Manila bei der „Gruppe der 77“ besonders vom philippinischen Präsidenten *Ferdinand Marcos* propagierte Drohung verstärken, einen Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt zu einem eigenen Wirtschaftssystem der „kollektiven Eigenständigkeit“ als Alternative zur Markt- und Planwirtschaft zu bilden. Im Hintergrund steht dann noch der Plan, die Entwicklungsländer insgesamt als gewerkschaftliche Interessenvertretung gegenüber den Industriestaaten zusammenzufassen. Ob diese radikale Entwicklung zu verwirklichen ist, muß bezweifelt werden. Dennoch wird die Auseinandersetzung mit Sicherheit schärfer werden, wenn die anstehenden Probleme weiter verdrängt und eine Entscheidung weiter verzögert wird.

Norbert Sommer

Der Islam als Großmacht

Erstarrung oder Weiterentwicklung?

Der Islam ist heute politisch, finanziell und missionarisch nahezu wieder jene Großmacht, die er vor rund einem Jahrtausend gewesen war. Spätestens mit dem Aufstieg der meisten Muslimländer von Algerien bis Malaysia zu führenden Erdölproduzenten und der Verwendung eines Großteils ihrer Einnahmen für die Glaubensverkündigung in Afrika und Südamerika, Europa und Australien kann niemand mehr um diese Tatsache herumkommen. Ob sich der Islam aber auch zu einer bestimmenden geistigen Größe der Welt von morgen entwickeln kann, hängt weitgehend von der Auseinandersetzung zwischen puritanischen Traditionalisten und zeitoffenen Reformern ab. Diese immer heftigere Kontroverse findet außerhalb des islamischen Bereiches kaum Beachtung. Dennoch ist sie auch politisch hochbrisant geworden, seit die wichtigsten Ölstaaten mit Saudiarabien an der Spitze auf den Konservatismus festgelegt sind, während Ägypten, Iran oder Pakistan den Kurs von Reformen und Neuentwicklungen verfechten. Einen dritten und nach seiner Ansicht einzig richtigen Weg versucht Libyen mit Herauskehrung der sozialen Werte des Islam und der seltsamen Synthese von Linksdrall und strengster Gesetzesfrömmigkeit zu beschreiten bzw. seinen ägyptischen und tunesischen Nachbarn aufzuzwingen.

Sunniten und Schiiten

Das Problem lebendiger Erneuerung, dem sich die christlichen Kirchen von der Cluniacensischen Reformbewegung über die Reformation bis zum „Aggiornamento“ des II. Vaticanums immer wieder gegenüber sahen, hat auch die islamische Ökumene seit ihren Anfängen viel und lebhaft beschäftigt. Dabei stehen sich bis auf den heutigen Tag die Gegensätze *Sunna*, d. h. Überlieferung, und *Bid'a*, d. h.

Neuerung, gegenüber. Im frühen Islam wurde von der hanbalitischen Interpretationsschule die Tradition prinzipiell über alles gestellt, was sich in der Praxis so wenig bewährte, daß diese Anhänger *Ibn Hanbals* zum Ende des ersten islamischen Jahrtausends in unserem 17. Jahrhundert so gut wie ausgestorben waren. Bald darauf erlebten sie jedoch in den Wüsten der Arabischen Halbinsel eine Neuerweckung durch die *puritanischen Wahhabiten*, die jedoch bis kurz vor dem Ersten Weltkrieg keine größere als lokale Bedeutung erlangen konnten. Erst unter ihrem hochbegabten Führer Abdel Asis Ibn Saud brachten sie mit den Heiligen Städten Mekka und Medina eine gesamtislamische Spitzenposition an sich, die in den letzten Jahrzehnten durch den Erdölsegen weiter untermauert wurde. Heute sind die Wahhabiten zur mächtigsten islamischen Konfession angewachsen, ihr rigoristisches Gedankengut wird durch Islam-Attachés an allen saudiarabischen Botschaften und die zentrale Institution der Missionshochschule von Medina in alle Welt verbreitet. „Laxere“ islamische Länder, die in den Genuß saudischer Finanzhilfe kommen, müssen sich zu einem schrittweisen Alkoholverbot und zur Wiedereinführung des strengen koreanischen Strafrechts mit Verstümmelungen, Steinigungen und so gut wie fehlenden Gefängnissen verpflichten.

Heute sieht sich selbst Ägypten, aus dem die genau entgegengesetzte Theologenschule hervorgegangen war, zur Annahme dieser strengen Praktiken gezwungen. Hingegen hatte hier schon in unserem 8. und 9. Jahrhundert der große *Imam Schafei*, dessen Grabmoschee noch heute zu Füßen des Kairoer Hausberges Mukkatam neben den Schwefelbädern von Ain Sira steht, den ständigen Wechsel der Umwelt, von Lebensbedingungen und Anschauungen erkannt und daher gute wie vor allem notwendige Neuerungen gerechtfertigt. Nur alles Neue, das dem Koran, der